

Kriegsminister A. Gustav Neuring

Am 11. September 1879 in Harburg an der Elbe geboren. Nachdem er sieben Jahre die Volksschule besucht hatte, wurde er Fabrikarbeiter und kam 1904 als Bezirksleiter des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands für Sachsen nach Dresden. Neuring wurde dann Mitte November 1918 in den A- und S-Rat und später in den Vollzugsausschuss gewählt. Er tat sich hier durch große Energie hervor und trat, nachdem sich Arbeiter- und Soldatenrat getrennt hatten, in den Vollzugsausschuss des Soldatenrats ein. Am Ende Januar 1919 die Unabhängigen aus der Regierung traten, wurde er als Nachfolger des Unabhängigen Fleißner Volksbeauftragter für das Militärwesen und vom Ministerpräsidenten Grodnow am 20. 3. 1919 zum Minister für das Militärwesen ernannt. Kriegsminister Neuring war auch Mitglied der Volkskammer und des Dresdner Stadtverordnetenkollegiums.

Der Kampf um die Schule.

Eine machtvolle Kundgebung der katholischen Eltern gegen die kulturelle Vergewaltigungspolitik der jetzigen Machthaber war die vom Gesamtschulvorstand für ganz Sachsen einberufene Versammlung, die am Sonnabend abend im Vereinshaus in Dresden tagte. In erster Stunde hatten sich gegen 1500 Katholiken eingefunden. Mit ersten Worten wies der Leiter der Versammlung, Herr Direktor Dünnebier, auf die Gefahren hin, die uns und unseren Kindern drohen. Eine heilige Gewissenspflicht sei es, den Katholiken ihre Kinder dem Katholizismus zu erhalten. Alles, was die Revolution versprochen habe sie nicht gehalten. Feierlich sei die Freiheit, die ungehinderte Betätigung der religiösen Elementarpflichten proklamiert worden, und nur erleben wir den Schlag ins Gesicht der Freiheit, die Vergewaltigung der auf dem Boden christlicher Weltanschauung lebenden Staatsbürger. Es gilt zu kämpfen für die Rettung der christlichen Jugend, für die Zukunft des Vaterlandes, ja für das Christentum selbst. Und es ist uns ein Bibelwort geprägt, das uns Kraft und Mut verleiht: „Ihr sollt Gott mehr gehorchen als den Menschen.“

Nach diesen einleitenden Worten ergriff der Vorsitzende des Schulvorstandes Herr Justizrat Dr. Eibes das Wort. Die christlichen Eltern haben die höchste Auffassung von der Schule, weil sie in ihren Kindern nicht Diesseitswerte, sondern Ewigkeitswerte sehen. Weil wir an einen Gott glauben, betrachten wir das Leben nicht als die Erfüllung des Sines. Weil wir an ein Jenseits glauben, müssen wir von unserer Schule fordern, daß sie keine Diesseitspädagogik betreibt. Weil unsere Ideale in der christlichen Weltanschauung wurzeln, verlangen wir für unsere Kinder einen mit christlichem Geiste erfüllten Unterricht, denn wir leben in der Schule die Kräfte unserer Ideale. Nur die Lehren des Christentums leiten uns die Fragen des Lebens und nur sie leiten die soziale Frage. Im Garten des Christentums sang Franziskus von Assisi das Lied von der Schönheit der Armut. Und nur die konfessionelle Schule kann die von uns gestellte hohe Aufgabe erfüllen. Welche merkwürdige Umverteilung ist es, Kinder und Lehrer ohne Rücksicht auf die Weltanschauung wahllos durcheinander zu werfen. Man mag es, uns zugunsten, unseren Kindern einen Moralunterricht zuteil werden zu lassen. Einen Moralunterricht, der basiert auf Sittenlehren der jeweiligen Modetheologie. Denkt an das Wort Tolstois: „Die Leute, die eine Moral begründen wollen ohne Gott, kommen mir vor wie Kinder, die einer Puppe die Beine abknipfen, um sie schöner zu machen.“

Schließlich, unter den wichtigsten Verhältnissen haben wir unsere Schulen begründet, ohne Gebetszwang. In achtundert durch die Gebete, besonders die Stenerzeche. Erbaut sind sie durch freiwillige Beiträge mit dem Schweiß des ärmsten Arbeiters. Und es ist uns gelungen, hervorragende Lehrer und Pädagogen zu gewinnen. Gern sind wir bereit, mitzutaten am Wiederaufbau der Schule und des Staates. Aber alle dürfen mitbauen, nur die christlichen Schulgemeinden nicht. Neben die neuen Gewalthaber denn kein Verständnis dafür, daß es uns Gewissenspflicht ist, unsere christliche Schule zu erhalten? Scheidemann appelliert an das Weltbewußtsein und in deutschen Landen tritt man das Gewissen der christlichen Staatsbürger mit Füßen. Man verlangt eine Frieden- und Gerechtigkeit und der Völkerverschwörung. Wir verlangen von allererst Gerechtigkeit im neuen deutschen Staatshaus. Kein Pazifismus, kein Völkerverbindungsband kann der Welt eine neue, reinere, schönere Epoche bescheren, nur Männer mit sittlicher Größe und firtlichen Idealen können uns dahin führen. Wir aber sehen solche Männer nur hervorgehen aus einer christlichen Erziehung, aus einer christlichen Schule. Aus ernster Sorge um das Wohl des Vaterlandes verlangen wir deshalb die Erhaltung unserer katholischen Volksschule. Einem Wöhr alsch wird der christliche Gedanke aus dem Weltentbrand gereinigt und geläutert in königlicher Schönheit erstehen. Darauf ergriff Herr Direktor Bergmann das Wort. In 40jähriger Arbeit hat er unermüdet für die christkatholische Jugend gearbeitet. Nicht Erwerbszweck, sondern Liebe zur Jugend trägt die Lehrerschaft. Seit hundert Jahren blüht das katholische Schulwesen in Sachsen und in einem Jahre soll es vom Erdboden verschwinden, darunter eine Schule, die auf ein Bestehen von 600 Jahren zurückblicken kann? Nicht begünstigt von der Regierung, nicht subventioniert durch den Staat sind diese 400 Schulen mit über 25000 Schülern entstanden. Um unsere Weltanschauung unseren Kindern zu erhalten, bauten wir Katholiken Sachsens unsere Schulhäuser. Stolz sind wir auf unser Werk, das allen anderen ebenbürtig ist.

Und heute sollen wir dieses unser eigenes Werk vernichten lassen, sollen unsere Kinder den heidnischen und säkularen materialistischen Sozialisten ausliefern. Wir Katholiken Sachsens, wir wissen, was Druck von oben heißt und Opfer bringen. Wir aber weichen dem Drucke

nicht. Wir wollen kämpfen, zwar nicht mit Terror und Ministermord, aber kämpfen mit dem Mute der Verzweiflung bis zum letzten. Seid ihr bereit dazu, seid ihr gewillt, euch in das Gefängnis werfen zu lassen und unbeugsam zu bleiben, so wagt, die Waffe, mit der wir uns siegreich wehren können, ist

der Schulstreik.

(Wimtenlanger, anhaltender Beifall.) Als die preussische Regierung im Kulturkampf die Bischöfe und Priester in das Gefängnis warf, da hatte sie den Kampf verloren. Und als die Polen, deren Forderung auf Anfangsunterricht in der Religion in polnischer Sprache vom preussischen Ministerium abgelehnt wurde, sich weigerten, ihre Kinder in die Schule zu schicken und die Geldstrafen zu bezahlen, sich pfänden liehen und ins Gefängnis werfen liehen, da hatte die Regierung den Kampf verloren, ehe 100 Kerkern im Gefängnis sahen. So wollen wir standhaft bleiben im Gottvertrauen, fest zusammenstehen in einmütiger Entschlossenheit. Einig mit den katholischen Eltern ist die katholische Lehrerschaft ebenso fest entschlossen zum Kampfe bis aufs Blut.

So laut der Schulvorstand Ihnen die folgende Resolution zur Entschliehung vor:

„Wir katholischen Eltern Dresdens sind heute am 12. April 1919 über 1200 an der Zahl versammelt und erklären:

1. Wir haben im Laufe der Zeit für die Erziehung unserer Kinder eigene katholische Volksschulen gegründet, sie mit Ausbietung schwerster Opfer an Geld und Kraft erhalten, erneuert und zur jetzigen Höhe gehoben. Darum beharren wir aus vollster Ueberzeugung darauf, daß unseren Kindern diese bisherige Erziehungsgemeinschaften erhalten bleiben und der bekennnismäßige Religionsunterricht darin auch fernerhin erteilt werde. Einen bloßen Moralunterricht oder einen Religionsunterricht ohne Christus, den Sohn Gottes, lehnen wir ab.
2. Wir werden uns mit allen Mitteln widersetzen, falls unsere Kinder aus diesen Erziehungsgemeinschaften auseinandergerissen und in Schulen verteilt werden sollten, die ihnen eine Erziehung nach unserem Bekenntnisse zu geben außerstande sind.
3. Wenn die Regierung versuchen wollte, der sachlich begründeten Denkschrift der katholischen Schulvorstände Sachsens entgegen — unser Elternrecht auf Erziehung der Kinder in unserem Bekenntnisse zu verkümmern, unser rechtmäßiges Schuleigentum mit Gewalt zu nehmen und damit das katholische Volksschulwesen im Freistaate Sachsen zu erdroffeln, so werden wir uns weigern, unsere Kinder in solch erzwungenen Volksschulunterricht zu schicken. Zur Verteidigung dieser unerschütterlichen Erziehungsrechte stehen wir katholischen Eltern mit unseren katholischen Lehrern unbeugsam zusammen.“

Die Resolution wurde einstimmig mit großem Beifall angenommen.

Als drittem Redner des Abends wurde nun Herr Hauptkristleiter Hehlein das Wort erteilt. Es konnte ihm nicht leicht werden, der von innerlichster Begeisterung und glühendem Idealismus getragenen Rede des Herrn Direktor Bergmann etwas Ebenbürtiges an die Seite zu stellen. Doch fand auch er starken Beifall der Zuhörer, als er erklärte, daß wir Eltern mit solchen Lehrern zusammen den Kampf mit fester Entschlossenheit und unbeugsamen Mut aufnehmen wollten. Wir in Sachsen sind aber nicht stark, deshalb müssen wir Anschlag suchen an eine gewaltige Organisation, die Windstocht geschaffen hat, deren schwerer Kampf voraussetzt, den wir heute bestehen müssen, das ist der Volksverein für das katholische Deutschland. Jeder Katholik, vorzüglich aber die katholischen Eltern müssen ihm beitreten, nur im Verein mit den Millionen Katholiken im Reiche werden wir zum Felsen, an dem die brandenden Bogen des Unglaubens zerschellen werden. Herr Direktor Dünnebier ergriff zum Schluß nochmals das Wort, er ermahnte alle Anwesenden, nun auch standhaft zu bleiben und nicht zu wanken. Der Organisation und der Bildung von Elternausschüssen wurde allseitig zugestimmt.

Mit dem ersten Vers des Liedes „Großer Gott wir loben Dich“, das machtvoll durch den Saal brauste, schloß diese denkwürdige Kundgebung. Möge sie den heutigen Machthabern die Augen öffnen und das Gewissen schärfen.

Nicht'linien für die Tätigkeit der Elternausschüsse an den katholischen Schulen Leipzigs.

- § 1. Die Elternausschüsse an den katholischen Schulen Leipzigs haben den Zweck:
 1. Die Rechte der Eltern an der Erziehung ihrer Kinder, namentlich in religiöser Beziehung, wahrzunehmen.
 2. Gute Beziehungen zwischen Schule, Elternhaus und Kirche zu pflegen.
- § 2. Als Mittel zum Zweck dienen:
 1. Einwirkung auf die Schulzweckgebung.
 2. Kontrolle ihrer Handhabung.
 3. Aufklärung der Eltern über ihre Rechte und Pflichten durch Wort und Schrift (Elternzusammenkünfte, Verbreitung von Flugschriften usw.).
- § 3. Die Elternausschüsse setzen sich zusammen aus:
 1. 4-6 Vätern,
 2. 4-6 Müttern,
 3. dem zuständigen Pfarrer,
 4. dem Direktor der Schule,
 5. 1-2 Lehrern der Schule.

§ 4. Die Mitglieder nach § 3, Punkt 1 und 2 werden bei einer Elternzusammenkunft gewählt. Diese Mitglieder wählen die Ausschussmitglieder nach § 3, 4 und 5. Die Amtsdauer erstreckt sich auf ein Jahr.

§ 5. Aus den Mitgliedern nach § 3, Punkt 1 und 2 wird ein Vorstand von drei Personen gewählt. Diese bekleiden das Amt:

1. als Vorsitzender,
2. als Schriftführer,
3. als Beisitzer.

Zum Behinderungsfalle vertreten sich die Vorstandsmitglieder gegenseitig.

§ 6. Die Vorstände der Elternausschüsse bilden einen Zentral-Elternausschuss.

§ 7. Der Zentral-Elternausschuss wählt aus seiner Mitte:

1. einen Vorsitzenden,
2. einen Schriftführer,

ferner

3. einen in Leipzig amtierenden Pfarrer, zum geistlichen Beirat,
4. einen Schuldirektor zum sachlichen Beirat,
5. einen Juristen zum juristischen Beirat,
6. einen Arzt zum medizinischen Beirat.

§ 8. Der Zentral-Elternausschuss hat die Aufgabe:

1. gemeinsame Arbeitsprogramme für die Tätigkeit der Elternausschüsse aufzustellen.
2. Beschlüsse der Ausschüsse, soweit sie nicht einen Ausschuss bzw. die Angelegenheit einer Schule allein betreffen, durchzuführen.
3. Eine Anknüpf- und Vermittlungsstelle in allen Erziehungsfragen zu bilden.

§ 9. Der Zentral-Elternausschuss schließt sich der Vereinigung der Katholiken Deutschlands zur Verteidigung und Förderung der christlichen Schule und Erziehung (Katholischer Schulverein), Sitz Düsseldorf, an und errichtet eine Ortsgruppe dieser Vereinigung.

§ 10. Die Richtlinien gelten für die ersten Monate nach ihrer Aufstellung, solange die Schulverhältnisse ungeklärt sind, namentlich auch der Ausbau des Schulvereins soll der Entwicklung und der Mitgliederzahl angepaßt werden.

Tagesmeldungen.

Sturz der Räterepublik München.

München, 13. April. Nach einer Meldung aus München wurde die Räterepublik durch die Garnison gestürzt. Die bayerische Regierung hat folgende Proklamation erlassen.

An das bayerische Volk!

Die Münchner Garnison hat die Gewaltherrschaft in München weggejagt. Das Marienthaus der Landfremden Eindringlinge ist zusammengeklirrt. München und ganz Bayern stehen wieder frei. Die Gewalt der rechtmäßigen Regierung Hoffmann hat sich mit elementarer Kraft durchgesetzt und sich nun auch in München wiederhergestellt. Als Regierungsvorsteher ist mit weitgehenden Vollmachten der Abgeordnete Vogel aus Jülich nach München entsandt. Seinen Befehlen ist bis auf weiteres unbedingt Folge zu leisten. Er vereinigt in sich die gesamte Zivil- u. Militärverwaltung in München. Alle bisherigen Verordnungen der Räteregierung sind außer Wirksamkeit gesetzt. Bayern! Haltet treu zur Regierung Hoffmann. Bereitet alle eure Kräfte, um die Wiederkehr der sieben niedergeworfenen Gewaltherrschaft für alle Zukunft unmöglich zu machen und der Regierung den Wiederaufbau des zerstörten bayerischen Staates zu ermöglichen. Nur Ordnung und Arbeit führt zum Ziele!

Die Regierung des Freistaates Bayern. Der Ministerpräsident Hoffmann.

München, 13. April. Eine Meldung aus München berichtet: Garnison München hat sich gegen Zentralrat erhoben. Garnison errichtet Militärdiktatur und tritt für Ministerium Hoffmann ein. Aktive zur Wiedergewinnung der Hauptstadt ist eingeleitet. Verlauf günstig.

Der Minister des Inneren der Räteregierung Dr. Lipp wurde in eine Irrenanstalt gebracht. Dr. Levin soll flüchtig sein. Die Spitzen der Räteregierung, unter ihnen Landauer, Wagner und Mühsam, sind verhaftet worden. Im ganzen sind 16 Personen verhaftet.

Die geistige Verfassung der Mitglieder der Räteregierung.

In den „Süddeutschen Medizinischen Blättern“ führt Universitätsprofessor Dr. Cohnmann aus, daß vielen Herzern bekannt sei, daß mehrere an der Spitze der jetzigen Regierung stehende Männer geistig erkrankt und als pathologische Lügner feststellbar sind. Dr. Levin leidet an sekundärer Hirnsyphilis, was übrigens der bayerischen Regierung bekannt sei.

Die Lage in Bayern.

Bamberg, 12. April. Die Lage in Bayern hat sich sehr zugunsten der Regierung Hoffmann verändert. Die Ausrufung der Räterepublik ist in allen Städten, wo sie durchgeführt war, auf friedlichem Wege rückgängig gemacht worden. Nur in Würzburg bedurfte es dazu einer bewaffneten Auseinandersetzung. Die Lage Nordbayerns ist durchaus gesichert. In Schwaben und Niederbayern verliert die Bewegung ebenfalls an Po-